

Geburtstage

(Juni – August 2024)

70 Jahre

- Buhr, Kornelia
Referatsleiterin
Bremen

- Eckermann-Seel, Claudia
Volljuristin
Bonn

- Prof. Dr. Fasselt, Ursula
Professorin
Saarbrücken

- Fey, Renate
Hamburg

- Urban, Kornelia
Rechtsanwältin
Dortmund

80 Jahre

- Goy, Alexandra
Rechtsanwältin i.R.
Berlin

- Schubert, Karin
Senatorin a.D., Bürgermeisterin a.D.
Neubrandenburg

- Setz, Gerlinde
Vors. Richterin am LG a.D.
Saarbrücken

- Weber, Dagmar
Vors. Richterin am OLG a.D.
Oldenburg

- Wolfrum, Hildegard
Richterin am VG
Heidelberg

Verstorben

(Mai – Juli 2024)

- Fernández de Castillejo y Peetsch, Isabel
Rechtsanwältin/Mediatorin
Leipzig

- Dr. Matthias-Werner, Annette
Hauptverwaltungsrichterin i.R.
Brüssel

- Pieper, Antje Karin
Rechtsanwältin
Berlin

- Seeliger, Dorian
Rechtsanwältin
Hamburg

75 Jahre

- von der Aue, Gisela
Senatorin a.D.
Berlin

- Wagner, Jutta
Rechtsanwältin und Notarin
Berlin

- Prof. Dr. Will, Rosemarie
Professorin
Berlin

85 Jahre

- Weber-Hassemer, Kristiane
Staatssekretärin a.D.
Frankfurt am Main

95 Jahre

- Thietz-Bartram, Antje
Schriftstellerin
Hamburg

DOI: 10.5771/1866-377X-2024-3-167

Der djb gratuliert**Lucy Chebout**

zur Wahl und Ernennung als Richterin des Verfassungsgerichtshofes des Landes Berlin. Lucy Chebout ist seit 2011 Mitglied im djb und seit 2023 eine unserer Vizepräsidentinnen sowie Mitglied in der Kommission Familien-, Erb- und Zivilrecht. Lucy Chebout ist Fachanwältin für Familienrecht und als Rechtsanwältin in



Foto: Kanzlei Raue

der Kanzlei Raue in Berlin tätig. Ihr Einsatz für die Rechte von queeren Familien wurde 2023 vom SPIEGEL mit der Auszeichnung „Heldin des Alltags“ gewürdigt. Geboren 1984 in Naumburg (Saale), begann Lucy Chebout ihre akademische Laufbahn mit einem Studium der Gender Studies und Islamwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Freien Universität Berlin. Anschließend studierte sie von 2011 bis 2016 Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihr juristisches Referendariat absolvierte Lucy Chebout

am Brandenburgischen Oberlandesgericht mit Stationen unter anderem im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sowie am Bundesverfassungsgericht im Dezernat von Bundesverfassungsrichterin Prof. Dr. Gabriele Britz. Zuvor und parallel zu ihrer universitären Ausbildung arbeitete Lucy Chebout als wissenschaftliche Mitarbeiterin unter anderem am Wissenschaftskolleg zu Berlin, am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien von Prof. Dr. Susanne Baer an der Humboldt-Universität zu Berlin und am Lehrstuhl von Prof. Dr. Eva Kocher an der Europa-Universität Viadrina. Lucy Chebout promoviert an der Humboldt-Universität zu Berlin zum Thema „Die rechtliche Eltern-Kind-Zuordnung als Status der Fürsorge“.

Rosanna Sieveking



▲ Foto: privat

zur Wahl und Ernennung als Richterin des Verfassungsgerichtshofes des Landes Berlin. Rosanna Sieveking ist 1965 in Hamburg geboren und aufgewachsen in Berlin. Sie studierte Jura an der Freien Universität Berlin und an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau. 1991–1994 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin am Lehrstuhl von Prof. Eisenberg. Nach dem Referendariat in Berlin ist sie 1995 in den Justizdienst des Landes Berlin eingetreten und am Verwaltungsgericht Berlin eingesetzt worden, wo sie 1998 zur Richterin am Verwaltungsgericht ernannt worden ist. In den Jahren 1999–2002 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin ans Bundesverfassungsgericht abgeordnet. 2009 wurde sie zur Richterin am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg ernannt und 2018 zur Richterin am Bundesverwaltungsgericht. Sie wurde dem neunten Revisionssenat zugewiesen, der vor allem für Straßen- und Wegerecht, insbesondere auch die dem Bundesverwaltungsgericht zugewiesenen erstinstanzlichen Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse für den Bau von Bundesfernstraßen und für das Kommunalabgabenrecht zuständig ist. 2024 wurde Rosanna Sieveking zur Richterin des Verfassungsgerichtshofes des Landes Berlin gewählt. Rosanna Sieveking ist seit 2019 Mitglied im djb. Sie ist verheiratet und hat zwei inzwischen erwachsene Kinder.

Winfriede Schreiber



▲ Foto: Frank Gorges,
Staatskanzlei Brandenburg

zur Verleihung des Verdienstordens des Landes Brandenburg durch Ministerpräsident Dietmar Woidke. In der Brandenburgischen Staatskanzlei in Potsdam wurde sie für ihren außerordentlichen Einsatz für Brandenburg und die Menschen im Land geehrt.

Winfriede Schreiber, 1945 in Briesen/Mark in Brandenburg geboren, wuchs in Berlin-Spandau auf, absolvierte dort 1966 ihr Abitur und ließ sich anschließend von 1966–1969 für den gehobenen nichttechnischen

Verwaltungsdienst ausbilden. 1969–1972 übernahm sie eine Verwaltungstätigkeit beim Bezirksamt Charlottenburg, wurde zur Stadtinspektorin und später zur Stadtoberinspektorin ernannt und außerdem zur Beamten auf Lebenszeit. Ab 1972 studierte sie Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin. 1977 absolvierte sie ihr Erstes Juristisches Staatsexamen, 1980 das Zweite, woraufhin sie zur Richterin ernannt wurde. 1983–1987 arbeitete sie als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin. 1987–1989 wurde sie zum Bundesverwaltungsgericht als wissenschaftliche Mitarbeiterin abgeordnet. 1989–1992 arbeitete sie wiederum als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin. 1992–1994 erhielt sie eine Abordnung zur Senatsverwaltung für Justiz im Justizprüfungsamt. 1993 wurde sie zur Richterin am Oberverwaltungsgericht ernannt. Nach der Wende zog es sie zurück in ihre Heimat, um dort die Verwaltungsgerichtsbarkeit im Land Brandenburg aufzubauen. 1994–1998 arbeitete sie als Richterin am Oberverwaltungsgericht für das Land Brandenburg. Anschließend war sie 1998–2002 die Präsidentin des Verwaltungsgerichts Cottbus. 2004 wurde Winfriede Schreiber Präsidentin des Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder). 2005–2013 leitete sie den Verfassungsschutz Brandenburg und gilt bis heute als „Visitenkarte des Brandenburger Verfassungsschutzes“. Dort prägte sie das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ maßgeblich mit. Es war das bundesweit erste Handlungskonzept einer Landesregierung gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Winfriede Schreiber ist bis heute Mitglied des Leadership Brandenburg Netzwerk Verantwortung e.V. – der in einem landeseigenen Programm in Brandenburg die Entwicklung von Führungskräften aktiv begleitet. Sie ist seit 2003 Mitglied im djb und seit 2020 stellvertretende Vorsitzende im djb-Landesverband Brandenburg.

Jutta Wagner



▲ Foto: Anke Gimbal

zum 75. Geburtstag. Jutta Wagner wurde 1949 in Kassel geboren und studierte Jura in Hamburg und Berlin, weil sie Journalistin werden wollte. 1978 wurde sie stattdessen Rechtsanwältin, weil es ihr Freude macht, Menschen zu beraten und Probleme zu lösen, und ist es bis heute. 1996–2019 arbeitete sie auch als Notarin. Als Fachanwältin für Familienrecht stritt sie Anfang der 1980er Jahre vor dem Bundesverfassungsgericht für das gemeinsame Sorgerecht nichtverheirateter

Eltern. In familienrechtlichen Verfahren ist es ihr persönlich immer eine große Freude, wenn sie einen Beitrag dazu leisten kann, dass diese für alle Beteiligten, besonders für Kinder und Jugendliche, etwas weniger konfliktbeladen sind, als sie es sonst vielleicht wären. Als sehr erfolgreiche Anwältin war sie regelmäßig im Ranking von Focus und Stern bei den Top Familien- und Erbrechtler*innen vertreten. 1985 war sie eine der ersten Frauen, die in den Vorstand der Anwaltskammer Berlin gewählt wurden. 1993–2005 war sie ehrenamtliche Vorsitzende Richterin am Anwaltsgericht – auch dort, eine der ersten Frauen, wenn nicht sogar die erste.

Neben vielen weiteren Ehrenämtern ist Jutta Wagner seit den 1990er Jahren im djb aktiv. Da sie zu den Menschen gehört, die immer sofort fragen: „Was kann ich tun?“, blieb es nicht bei der bloßen Vereinsmitgliedschaft. Als Präsidentin des djb von 2005–2011 startete sie das Projekt „Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung“, eines der größten Projekte in der Geschichte des djb, und realisierte die Ausstellung „Juristinnen in der DDR“. Zuvor war sie von 1997–2010 Vorstandsmitglied des Landesverbands Berlin und von 1999–2004 dessen Vorsitzende. Jutta Wagner bezeichnet sich selbst als Fall von „feministischem Altersradikalismus“ und setzt damit ihre politischen Aktivitäten in den 1970er Jahren in aber doch etwas ruhigeren Bahnen fort. Sie ist Mitherausgeberin seit Gründung der NZFam – Familienrecht und Familienverfahrensrecht im Beck-Verlag, seit 2010 Mitglied der Jury des Maria-Otto-Anwältinnen-Preises des Deutschen Anwaltvereins e.V. (DAV) und seit 2011 Mitglied der Jury des Anne-Klein-Frauenpreises der Heinrich-Böll-Stiftung. 2013 verlieh ihr der damalige Bundespräsident Joachim Gauck das Bundesverdienstkreuz am Bande für ihr ehrenamtliches Engagement. 2015 zeichnete der DAV Jutta Wagner wegen ihrer Verdienste um die Anwaltschaft, und speziell die der Anwältinnen, mit dem Ehrenzeichen der deutschen Anwaltschaft aus. Seit 2017 ist Jutta Wagner Mitglied im DAV Gesetzgebungsausschuss Gender and Diversity, seit 2021 Europabeauftragte.

Prof. Dr. Rosemarie Will



▲ Foto: Sven Lüders

zum 75. Geburtstag. Rosemarie Will, geb. 1949 in Bernsdorf, studierte nach dem Abitur in Kamenz von 1969 bis 1973 Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Nach ihrem Abschluss arbeitete sie dort ein Jahr als Forschungsstudentin, danach wurde sie als Assistentin eingestellt. 1977 folgte die Promotion mit der Arbeit „Studien zum Kampf der Arbeiterklasse um soziale Grundrechte im Kapitalismus, unter besonderer Berücksichtigung der BRD“. 1979/1980 hielt sie sich zu einem Studienaufenthalt in der Sowjetunion an der Universität Lwiw (Lemberg) auf. 1980–1983 war sie an der Akademie der Wissenschaften der DDR im Institut für Staats- und Rechtstheorie tätig. 1983 habilitierte sich Rosemarie Will an der Humboldt-Universität zu Berlin für Öffentliches Recht mit der Arbeit „Studie über die Rolle des Staates in der politischen Organisation der sozialistischen Gesellschaft“ und wurde 1984 zur Hochschuldozentin berufen. 1989 wurde sie ordentliche Professorin für Staatsrecht an der Humboldt-Universität. 1990–1993 war sie Dekanin des Fachbereichs Rechtswissenschaft und leitete in dieser Funktion die Neuorganisation der rechtswissenschaftlichen Fakultät. Seit 1993 ist sie nach Bewerbung, Evaluation und Neuberufung auch nach dem Hochschulrecht der Bundesrepublik Professorin für Öffentliches Recht, Staatslehre und Rechtstheorie. 1993–1995 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesverfassungsgericht im Dezernat von Prof. Dr. Dieter

Grimm. 1996–2006 war sie Richterin des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg. Forschungsaufenthalte führten sie an die Juristischen Fakultäten der Universität Basel (1997/98) und der Staatlichen Universität Sankt Petersburg (2010). Rosemarie Will war als Verfassungsexpertin Mitglied der Arbeitsgruppe Neue Verfassung des Runden Tisch der DDR. Aus der SED trat sie 1989 aus. 1994 wurde sie Mitglied der SPD und 1996 Mitglied der SPD-Grundwertekommission. Seit 1991 ist sie Mitglied der Humanistischen Union und war 2005–2013 deren Vorsitzende. Sie ist Mitherausgeberin der politisch-wissenschaftlichen Monatszeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“. Rosemarie Will ist seit 1995 Mitglied des djb. In ihren Forschungen befasste sie sich immer wieder mit Fragen der rechtsstaatlichen Transformation von Personen und Institutionen der ehemaligen DDR. Im djb hatte sie 2007–2011 die wissenschaftliche Leitung des vom Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg geförderten Projektes „Juristinnen in der DDR“ inne.

Karin Schubert



▲ Foto: Joerg Frank

zum 80. Geburtstag. Karin Schubert wurde 1944 in Erfurt geboren und studierte Soziologie, Psychologie und Jura in Münster, Würzburg und Köln. Nach dem zweiten juristischen Staatsexamen arbeitete sie ab 1979 als Richterin an Amts- und Landgerichten in Wuppertal und Düsseldorf. 1988–1991 war Schubert Leiterin und Gleichstellungsbeauftragte des Referats für Recht und Verfassung der Landesvertretung von Nordrhein-Westfalen in Bonn. 1991–1994 war sie Leiterin des Bezirksgerichts Neubrandenburg/Mecklenburg-Vorpommern. 1992 wurde sie Präsidentin des Landgerichts Neubrandenburg. Schubert ist seit 1971 Mitglied der SPD und kam 1994 als Ministerin der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt in das Kabinett des Ministerpräsidenten Reinhard Höppner. 1994–2006 war sie Mitglied des Bundesrates, davon sechs Jahre Mitglied des Präsidiums und zwölf Jahre Mitglied des Vermittlungsausschusses Bundesrat/Bundestag. 2002 wurde Schubert Bürgermeisterin und Senatorin für Justiz des Landes Berlin. Ihre Amtszeit endete 2006, woraufhin sie 2007 als selbstständige Rechtsanwältin in Berlin tätig wurde. 2009–2024 war sie Partnerin der Kanzlei Kärgel, de Maiziere & Partner. Karin Schubert ist Mitglied im Kuratorium der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie ist seit 2015 Mitglied des Medienrats der Medienanstalt Berlin-Brandenburg und stellvertretende Vorsitzende des Gremiums, außerdem ist sie Gründungsmitglied sowie Schirmherrin des Landesverbands der Jugendrechtshäuser e. V. Sie ist Ehrenvorsitzende des Europäischen Freundeskreises Julius-Stern-Institut der Universität der Künste Berlin (UdK) und war Vorstand des Evangelischen Jugendfürsorgewerks e. V.

Karin Schubert war 1991–1993 Beisitzerin im Bundesvorstand des djb, 1992–1993 Schriftführerin im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und 1993–1999 stellvertretende Vorsitzende im Bundesvorstand.